

Buchrezension

HEIDE OESTREICH: Der Kopftuchstreit. Das Abendland und ein Quadratmeter Islam. Frankfurt (Main) 2004 – 199 Seiten - Brandes & Apsel – 15,90 €

von Johannes Kandel und Christoph Müller-Hofstede

Heide Oestreich, Redakteurin bei der „taz“ für „Geschlechter- und Gesellschaftspolitik“ (Klappentext) hat ein informatives, sehr engagiertes Buch geschrieben. Sie bemüht sich um eine umfassende Darstellung der Problematik, von den islamischen Quellen (Mohammed und der Schleier) angefangen, über die Situation von Frauen in islamischen Ländern bis zu den verschlungenen Pfaden der juristischen und politischen Hintergründe des Kopftuchstreites. Ihr streckenweise glänzend formulierter Überblick führt in die kaum noch überschaubaren Pro und Contra Positionen zum Kopftuch ein. Der Quellenteil, stark an Fatima Mernissi orientiert, ist knapp und kursorisch, gleichwohl durchaus hilfreich, um ein Grundverständnis für die historischen Hintergründe der islamischen Verschleierungspraxis zu ermöglichen. Oestreich bemüht sich um Differenzierung, gleichwohl ist schon ihr dokumentarischer Teil (die ersten vier Kapitel) um starke Wertungen nicht arm, etwa bei der Frage, wie die Verpflichtung einer Staatsbeamtin im Blick auf die weltanschaulich-religiöse Neutralität des Staates zu sehen ist.

Die Kapitel 5 – 7, in denen sich Heide Oestreich mit Musliminnen und ihren Motiven das Kopftuch zu tragen, auseinandersetzt und der Männer-dominierten Mehrheitsgesellschaft die Leviten liest, sind die umstrittensten ihres Buches. Hier erliegt sie – trotz der (von ihr eingeräumten) einschränkenden Erkenntnis, dass es nur wenige „qualitative Studien“ zu den Motiven von Musliminnen gibt, das Kopftuch zu tragen - den kühnen Schlussfolgerungen ihrer zitierten Gewährsfrauen Sigrid Nökel, Yasemin Karakasoglu, Grit Klinkhammer, Brigitte Rommelspacher u.a. Die genannten Wissenschaftlerinnen haben nur sehr kleine, spezifische Gruppen von Musliminnen untersucht, in der Regel akademisch gebildete Frauen. Was wissen wir wirklich von den Betroffenen? Wie viele muslimische Frauen würden sich von einem Kopftuchverbot in der öffentlichen Schule „diskriminiert“ fühlen? Eine sehr deutliche Minderheit, so vermuten wir. Wie viele tragen es? Auch eine Minderheit, gleichwohl ändert die Zahl am grundsätzlichen Problem nichts. Es darf ferner bezweifelt werden, dass die – insbesondere von Nökel konstruierten - „Neo-Muslimas“ an einem neuen, emanzipatorischen, individualistisch gepolten Islam stricken, denn diese Schlussfolgerungen geben die spärlichen soziologischen und religionswissenschaftlichen Analy-

sen wirklich nicht her. Haben vertiefte Deutungsanalysen stattgefunden und dieses vermeintlich neue Islamverständnis zu Tage gefördert? Wo scheint im männerdominierten inner-islamischen Diskurs die „Stimme der Frauen“ mit alternativen (Kopftuch-) Interpretationen machtvoll-oppositionell auf? Es mag Ansätze eines sogenannten „islamischen Feminismus“ geben (z.B. Riffat Hassan, Nadjé Al-Ali, Amina Wadud, Ziba Mir-Hosseini, Zainah Anwar und die „Veteraninnen“ Fatima Mernissi und Nawal El-Saadawi), in Deutschland, namentlich bei Konvertitinnen, ist kaum etwas zu erkennen, sieht man einmal von dem winzigen HUDA-Netzwerk muslimischer Frauen (Sitz Hannover) ab.

Wir sehen dagegen die Dominanz eines orthodox-konservativen Islam mit bedenklichen Abgrenzungsproblemen (und Distanzierungsunwilligkeit) zum Islamismus nicht wanken. Erstaunlich ist, dass die Autorin sehr wohl weiß – und auch ausdrücklich erwähnt –, dass in Sachen Kopftuch die „*frauenfeindliche Überlieferung*“ bis heute in islamischen Staaten und in der Diaspora ungebrochen ist (S.18). Der von Nökel & Co. herausgearbeitete Typus muslimischer Kopftuchfrauen überschreitet letztlich den Rahmen dieser Überlieferung nicht. Uns ist keine öffentliche Kritik engagierter (kopftuchbefürwortender) muslimischer Frauengruppen an dem entwürdigenden Frauenbild (die Frau als „Aurah“ = Mängelwesen) der vier Rechtsschulen und zahlloser „ahadith“ (Mitteilungen von Worten und Taten des Propheten) bekannt. Hat Heide Oestreich das von ihr zitierte Werk von Claudia Knieps „Geschichte der Verschleierung der Frau im Islam“ nicht richtig gelesen, in dem die Macht der Tradition umfassend und scharfsinnig analysiert wird? Solange die meisten Argumentationen pro Kopftuch in der Verlängerungslinie dieser orthodox-konservativen Interpretationen verbleiben, ist Skepsis angebracht. Und Oestreich konzediert ja selbst, dass „der *„neue Islam der Frauen“* kaum in der muslimischen Öffentlichkeit angekommen“ sei. (S.150). In der Tat – die Persistenz eines geschlechtersegregierten, männerdominierten Weltbildes in weiten Teilen des organisierten islamischen Milieus lässt sich kaum bestreiten. Mit anderen Worten, der von den zitierten Studien beschriebene Aufbruch der Neo-Muslimas mit ihren „*vorsichtigen Umdeutungen*“ mag als Defensivstrategie gegen die patriarchalen Ansprüche des orthodox-islamischen Milieus interpretiert werden. Defensiv, da z.B. eine prinzipielle Kritik an den zahlreichen vormodernen Textstellen des Korans zum Geschlechterverhältnis vermieden und damit die Aufklärungs – und Säkularisierungsproblematik des Islam umschifft wird. Stattdessen wird auf die moralische Verbesserung des muslimischen Mannes gesetzt. Zu Recht erinnert Oestreich diese Strategie (..) „*an Zeiten in Europa, in denen das Patriarchat ebenfalls durch männliche Vorrechte abgesichert war und Frauen nur hoffen konnten, einen ‚guten‘ Mann“ zu erwischen.*“ (S.148)

Anders als Oestreich ist aber diese Selbstbehauptungsbewegung eben nicht als Islam zu bewerten, „wie die Europäer ihn gerne hätten: reflektiert, aufgeklärt, individualisiert, mit den Bedingungen des Glaubens versöhnt.“ (S.154) Diese flotten Stilisierungen, die einher gehen mit beredten Klagen über die Unfähigkeit der „Gesellschaft“, die neue islamische Identität der Neo-Muslimas zu sehen und anzuerkennen, gehören zu den großen Schwächen des Buches.

Problematisch sind auch Oestreichs politische Schlussfolgerungen, die mit einem kräftigen Schuss Polemik durchsetzt sind. Der (!) Islam werde durch Kopftuchverbote „wie in einem letzten Abwehrakt als Fremdreigion erklärt und unter Verdacht gestellt“ (S.188). Ferner traue sich die Bundesrepublik nicht, „ihre Verfassungswerte Freiheit und Gleichheit vor einer Hand voll Islamisten zu schützen“ (S.190) und greife deshalb als „kostengünstige Scheinhandlung“ zu „Sondergesetzen“(sic!) gegen das Kopftuch (S.190). Dagegen empfiehlt sie, die „Kopftuchgesetze auf den Müll werfen“ und sich „um das kümmern, was wirklich im Argen liegt: die Chancenungleichheit von muslimischen Mädchen und die Auseinandersetzung mit dem Islamismus.“ (S.185) Das letzte kann jeder Demokrat unterschreiben, das erste nicht. Gute Gründe und viele Stimmen aus dem säkular geprägten muslimischen Milieu sprechen dafür, dass ein Verbot des Kopftuchs für Lehrerinnen in der Tat positive Auswirkungen auch auf die „Chancenungleichheit“ muslimischer Mädchen im Schulalltag haben kann. Heide Oestreich blendet hier Fakten und Zusammenhänge aus, die auf der Hand liegen: so die zwischen den sich häufenden Skandalen einer aktiven Segregationspolitik muslimischer Gruppen gegenüber muslimischen Mädchen durch Abmeldung vom Schulsport und von Klassenfahrten und der wachsenden Zahl kopftuchtragender Mädchen im Grundschulalter – etwa in der von der islamischen Föderation kontrollierten Grundschule in Berlin. Dass der Druck islamischer Organisationen auf die Bildungseinrichtungen wächst, ist unbestreitbar; jedes Gespräch mit Lehrer/innen und Pädagogen/innen erbringt Belege en masse. Wenn sich die islamische Föderation weigert, auf die Eltern von Schülern einzuwirken, die im Ramadan über Wochen vom Schulunterricht fernbleiben, kann dies nicht anders als aktive Desintegration bezeichnet werden. Bedauernde Schulleitungen, Lehrer und Sozialarbeiter, politisch Verantwortliche in Berliner Bezirken, Nachbarschaften und „Kiezmanagement“ schlagen sich mit diesen konkreten und verschärfenden Problemen einer destruktiven muslimischen Identitätspolitik herum, bei der das Kopftuch nur eine Etappe auf dem Weg zur Erringung islamisierter Räume ist. Heide Oestreich bleibt hier so wortkarg, weil dies natürlich nicht in das Konstrukt „verkannte Neo-Muslimas versus verbohrt Mehrheitsgesellschaft“ passt. Der Um-

gang staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure mit den Segregationstendenzen ist bisher unklar und schwankt zwischen hilflosen individuellen Lösungsversuchen und achselzuckender, resignativer Akzeptanz einer anderen „kulturellen Identität“. Eine klarere Positionierung des liberalen Rechtsstaats in diesem einen, zahlreiche Grundrechte berührenden, Punkt ist u.E. überfällig und beschädigt weder die Werte einer liberalen Gesellschaft noch die Freiheit und Gleichheit muslimischer Frauen; im Gegenteil: gerade das Beharren auf strikter Neutralität des schulischen Raums kann eine Schutzfunktion gegenüber muslimischen Mädchen erfüllen, die dem Druck von Familien und Gemeinden ausgesetzt sind. Dass diese in der Tat – wie Oestreich schreibt – „symbolische Politik“ von Aufklärung, Beratung und Unterstützung begleitet werden muss, steht außer Frage.

Unberührt von den unschönen Realitäten, billigt Oestreich dagegen den Kopftuchträgerinnen die überragende Deutungskompetenz ihres „Stück Stoff“ zu. Die Einwände der „Kopftuchgegner“ seien dagegen nur „*Klischees*“ und „*Vorurteile*“. Sie stilisierten das Kopftuch zur „*Projektionsfläche*“ ihrer Ängste und der Abwehr einer „*fremden Religion*“. Das Kopftuch werde zum „*politischen Symbol*“ aufgewertet und dramatisiert, säkulare „Kopftuchgegner“ säßen in einem Boot mit Islamisten. Letztlich seien „Kopftuchgegner“ irgendwie auch Integrationsfeinde. Sie wollen nicht verstehen, dass das Kopftuch einer muslimischen Lehrerin ein wichtiger Beitrag zur Integration ist. An dieser Stelle ist deutlicher Widerspruch angesagt. Es geht nicht an, von den Kopftuchkritikern ein Zerrbild abzuliefern und dann die Kopftuchbefürworter gewissermaßen als diejenigen darzustellen, die auf dem Höhepunkt der wissenschaftlichen Forschung (die besagten qualitativen Studien von Nökel & Co.) verstanden hätten, was der Gesellschaft und der Schule gut tue, nämlich das Kopftuch der vermeintlich „emanzipierten“ Musliminnen zuzulassen. Die Vieldeutigkeit des Tuches, die Heide Oestreich nicht bestreitet und die auch ein Kopftuchverbot rechtfertigen würde, haben nicht die Kritiker erfunden, sondern ist im Raum des Islam entstanden. Mohammed wird sicherlich nicht als der „Befreier der Frauen“ in die Geschichte eingehen und schon gar nicht seine konservativ-patriarchalischen Weggefährten und Interpretatoren. Nicht erst die Kritiker hierzulande haben auf mögliche Politisierungen und Instrumentalisierungen eines religiösen Symbols hingewiesen. Der demokratische Staat ist qua Rechtsstreit gezwungen worden, auf einen religiösen Anspruch zu reagieren, der die Verhüllung von Frauen als zeitlos gültige Vorschrift dekretiert und kompromisslose Akzeptanz dieses Anspruches auch für „*Schulen und Behörden*“ (Islamische Charta des ZMD, These 20) einfordert. Dabei sollen die Kopftuchträgerinnen (und ihre männlichen Unterstützer) die einzigen sein, denen die entscheidende Interpretationsmacht zukomme.

Die individuelle Religionsfreiheit wird zum vornehmsten Menschenrecht und die Unteilbarkeit der Menschenrechte ignoriert. Von der Seite der muslimischen KopftuchbefürworterInnen ist keine „Toleranz“ und auch keine „praktische Konkordanz“ in der Lösung des Konflikts zu erwarten, die sie gleichwohl so lautstark vom Staat einfordern. Ausnahmen bestätigen die Regel. Die von der Beauftragten für Migration und Integration Marieluise Beck häufig beschworene „Einbürgerung des Islam“ kann aber nur gelingen, wenn offen über alle Fragen und Probleme gesprochen wird. Wo anders als in einer demokratischen Zivilgesellschaft sollte das möglich sein? Und das fängt bei einer kritischen Analyse der uns angebotenen Koran- und Traditionsauslegungen an und geht bis zu einer unaufgeregten, aber sehr klaren Debatte über islamistische Netzwerke und Einfluss-Strategien.

Der Politik, namentlich den Landesgesetzgebern, die das Bundesverfassungsgerichtsurteil umsetzen müssen, bleiben wenige Optionen, vom generellen Verbot religiöser Symbole bis zu verschiedenen Varianten der Einzelfallprüfung. Was immer auch noch entschieden wird, der Streit geht weiter und das ist u.E. durchaus positiv. Wir hätten mit dem Kopftuchstreit zehn Jahre früher anfangen müssen.

Dr. Johannes Kandel

Christoph Müller-Hofstede, M.A.

Kontakt zu Dr. Johannes Kandel
Friedrich-Ebert-Stiftung
Referat Berliner Akademiegespräche/Interkultureller Dialog
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin
Tel. 030-26935-912
Fax. 030-26935-952
eMail: Johannes.Kandel@fes.de